

Klosterkammer droht rechtliche Schritte an

Oliver Neuber von der IG Erbbau soll zahlen – „Parlamentarische Behandlung abgeschlossen“

Von Katja Kersting

VORSFELDE. Un erfreuliche Post von der Klosterkammer Hannover flat-terten gestern Oliver Neuber und anderen Mitgliedern der Interessen-gemeinschaft Erbbau ins Haus. Sie sollen bis zum 15. Januar der Anpassung des Erbbauzins zustimmen, indem sie den Nachtragsvertrag un-terschreiben und den Zins entrich-ten, heißt es da. Geschehe das nicht, werde der Rechtsweg beschritten.

Neuber hatte, wie berichtet, den Nachtrag nicht unterzeichnet, da er gemeinsam mit der Interessenge-meinschaft eine grundsätzliche An-derung des Erbbaurechts anstrebt, da er das geltende Recht mit regel-mäßigen Anpassungen für unsozial und unvorhersehbar hält. Erst jüngst hatte sich der Kulturausschuss des Landtages mit dem Thema befasst (WN berichteten).

Und genau diese Sitzung nennt die Klosterkammer als Argumentati-onshilfe. „Außerdem hat der Aus-

schuss beschlossen, dass die parla-mentarische Behandlung der Ange-legenheit damit abgeschlossen ist.“

Im Anhang ist zu lesen, dass der Landtag die Eingabe des Verbands Wohneigentum Niedersachsen der Landesregierung als Material über-weist und zudem am 24. November die Auffassung des Ausschusses ge-billigt habe.

In der Zusammenfassung der Stel-lungnahme zur Eingabe heißt es un-ter anderem, dass kein Rechtsver-stoß der Klosterkammer erkennbar sei. „Die Erwägung, seitens der Klosterkammer etwa aus sozial-oder wohnungsbaupolitischen Moti-ven von der Verzinsung zum vollen Verkehrswert abzuweichen, würde gegen ihren gesetzlichen Stiftungs-auftrag und gegen das Haushalts-recht verstoßen“, heißt es weiter.

Oliver Neuber mag dieser Argu-mentation nicht folgen. „Das Ganze ist mitnichten abgeschlossen. Es kann immer noch sein, dass sich et-was ändert. Ich finde das Verhalten



Ärgert sich über unerfreuliche Post von der Klosterkammer Hannover: Oliver Neuber. Archivfoto: citypress24/Hay

der Kammer rücksichtslos dem Par-lament und uns gegenüber“, sagt er. Die Kammer versuche die Zeit, bis sich etwas tue, zu nutzen, um Druck zu machen. „Ich übergebe das Schreiben an die Landtagsabgeord-

neten Jahns und Heiligenstadt. Die SPD sagt, sie wolle noch einmal mit Klosterkammer und Ministerium sprechen, um die Nachträge auszu-setzen“, sagt Neuber. Auch auf Bun-desebene laufen noch Petitionen.